

# Stadt Bergisch Gladbach

## Der Bürgermeister

Datum

**13.12.2021**

Ausschussbetreuender Fachbereich

**Soziale Stadtentwicklung**

Schriftführung

Yvonne König

Telefon-Nr.

**02202-142690**

## Niederschrift

**Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach**  
**Sitzung am Donnerstag, 04.11.2021**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 18:52 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

## Tagesordnung

### **Ö Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Integrationsratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrats am 19.08.2021 - öffentlicher Teil**  
*0645/2021*

- 6** **Vorstellung der AWO-Beratungsstelle "Wegweiser" in Bergisch Gladbach**  
*0217/2021*
- 7** **Teilfinanzierung der Kooperationsveranstaltung „Lesung des Buches "AktenEinsicht" mit Christina Clemm“ am 24.11.2021 im Rahmen der Aktionswoche gegen Gewalt an Frauen**  
*0592/2021*
- 8** **Finanzierung der Veranstaltung „Lesung und Gesprächsrunde mit dem Autorenkollektiv Jugendliche ohne Grenzen“ im Rahmen der Themenreihe „Integration im Dialog“**  
*0634/2021*
- 9** **Unterbringungssituation im Bereich der Flüchtlinge**  
*0654/2021*
- 10** **Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach für städtische Unterkünfte für Flüchtlinge, Aussiedler, Obdachlose und Nichtsesshafte**  
*0655/2021*
- 11** **Anträge der Integrationsratsmitglieder**
- 12** **Anfragen der Integrationsratsmitglieder**  
*0646/2021*



König, Yvonne  
Schorn, Jana  
Tillmann, Uwe

### **Gäste**

Wegweiser-Berater der AWO bis 18:05 Uhr

Nurhan Dogruer-Rütten (Kommunales Integrationszentrum des Rheinisch-Bergischen Kreises),  
bis 18:45 Uhr

## **2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

## **3. Mitteilungen des Vorsitzenden**

Herr Krasniqi informiert darüber, dass für den Friedenstag am 27.01.2022 zwei Workshops an der Integrierten Gesamtschule Paffrath geplant werden. Es wurde um die Beteiligung des Integrationsrates gebeten. Über die genauen Inhalte und die Durchführung wird die Verwaltung noch informieren.

Zudem gibt Herr Krasniqi einen Terminhinweis für Samstag, den 13.11.2021, um 11:00 Uhr. Dort findet die 31. Mahnwache gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, für Toleranz und soziale Gerechtigkeit im Lerbacher Weg 2 mit anschließendem Gang zum alten Stellawerk statt.

## **4. Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Tillmann informiert über die beiden geplanten Workshops zum Friedenstag der IGP unter dem Thema „Alltagsrassismus“ und „schulische Perspektiven nach Corona“.

Im Anschluss gibt er Auskunft darüber, dass die Aktionswoche zum Weltkindertag in diesem Jahr pandemiebedingt nicht in der gewohnten Größe organisiert wurde. Vielmehr sind einzelne Veranstaltungen angeboten worden, aus denen durchweg sehr positive Rückmeldungen der Veranstalter hervorgegangen sind.

Auch die kleine Abschlussveranstaltung auf dem Wochenmarkt ist sehr gut angenommen worden. Es war ein hoher Grad an Laufkundschaft zu verzeichnen. Herr Tillmann ist der Meinung, dass man sich dort angemessen präsentiert hat und dankt in diesem Zusammenhang noch einmal den Mitgliedern des Integrationsrates, die auch an diesem Tag anwesend waren und diese Veranstaltung zu einem Erfolg haben werden lassen.

Herr Tollih berichtet über den bei der Wochenmarktveranstaltung aufgestellten Wunschbaum und führt an, dass diese Möglichkeit der Wunschkäußerung sehr gut angekommen ist und wahrgenommen wurde. Er bittet darum, dass die Ergebnisse hieraus mit dem Integrationsrat und den Fraktionen geteilt werden.

Herr Tillmann informiert im Anschluss darüber, dass die Seniorenkulturwoche veranstaltet wurde. Auch dort war der Integrationsrat beteiligt und hatte durch Frau Dr. Bollen eine tatkräftige Organisatorin. Die Veranstaltung „gemeinsame Wanderung an der Strunde“ ist mit 14 Personen begangen worden. Auch hier gab es durchweg positive Rückmeldungen.

Frau Dam und Frau Mrziglod befinden sich derzeit mit Hochdruck in den Vorbereitungen für die Klausurtagung des Integrationsrates. Diese Veranstaltung ist für den 20. November geplant. Es ist

geplant, einen Kennenlerntag zu organisieren sowie ein konstruktives Miteinander und Arbeiten für die Legislaturperiode zu erarbeiten. Diesbezüglich werden noch gesonderte Unterlagen zur Verfügung gestellt.

Im Anschluss stellt Herr Tillmann die Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung, Friederike Hennig und Jana Schorn, für den Bereich KIM vor und bittet die beiden Mitarbeiterinnen, selbst ein Wort zu ihrer Person zu sagen.

Frau Schorn stellt sich vor. Sie ist seit dem 01.10.2021 bei der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach in dem Projekt KIM. Frau Schorn ist gelernte Sozialarbeiterin und hat zuletzt 10 Jahre bei dem Caritas Verband in der Flüchtlings- und Migrationshilfe gearbeitet. Sie gibt an, dass man sich in dem Projekt KIM den Themen „Wohnen“ und „Bildung“ widmet und ein geordnetes Auszugsmanagement für die Stadt Bergisch Gladbach installieren möchte.

Frau Hennig stellt sich vor. Sie ist seit 30 Jahren bei der Stadtverwaltung tätig, ist Dipl. Sozialpädagogin und Beamtin. Frau Hennig arbeitete im Asylwesen und ist jetzt seit Juli im Projekt KIM tätig.

Herr Tillmann informiert darüber, dass in der letzten Integrationsratssitzung drei Anfragen an die Verwaltung gestellt wurden. Die Antworten auf zwei Anfragen sind den Sitzungsunterlagen beigelegt. Die Anfrage von Frau Stauer ist jedoch leider erst Ende der vergangenen Woche herausgegangen. Bedingt durch eine intensive Recherchearbeit aber auch durch die Herbstferien. Herr Tillmann bittet Frau Engelberth, die diesbezüglichen Daten kurz mitzuteilen.

Frau Engelberth informiert darüber, dass sich die Recherche aufwendiger gestaltete, da die erforderlichen Daten in dieser Form bisher nicht erfasst wurden. Es musste zunächst Kontakt mit den die Familien betreuenden Sozialarbeitern aufgenommen werden. Erst im Anschluss konnte eine Auswertung erfolgen. Frau Engelberth gibt nunmehr den Inhalt der als Anlage zur Niederschrift beigelegten Anfrage von Frau Stauer bekannt.

Frau Stauer bedankt sich für die Darstellung und gibt zu bedenken, dass in der Zukunft solche Informationen standardmäßig erfasst werden sollten.

Frau Engelberth weist darauf hin, dass die Kindergärten in Bergisch Gladbach alle in freier Trägerschaft geführt werden, wodurch diese letztendlich immer selbst entscheiden. Sie verweist zudem auf das Anmeldeportal „Little Bird“. Dieses unterstützt die Organisationen bei der Anmeldung und Vergabe von Kinderbetreuungsplätzen. Ergänzend hält Frau Engelberth eine persönliche Kontaktaufnahme mit den Kitas durchaus für sinnvoll.

Frau Aghazadeh und Frau Bhattacharjee schildern ihre negativen Erfahrungen mit dem Portal. Es wird der Wunsch nach einer Vereinfachung geäußert. Frau Engelberth informiert über die Möglichkeiten von unterstützender Hilfe bei der Anwendung des Portals.

Frau Stauer gibt an, dass sie bisher noch keine Erfahrung mit dem Portal gesammelt hat und äußert den Wunsch nach einem mehrsprachigen Flyer, der bei der Nutzung des Portals helfen könnte. Frau Aghazadeh ist der Meinung, dass Flyer keine Lösung sind. Begründend gibt sie zu bedenken, dass diese oftmals gar nicht genutzt werden. Zudem hält sie den Einsatz von Flyern unter dem Aspekt des Umweltschutzes für bedenklich. Frau Stauer hält an der Idee eines Flyers fest und gibt zu bedenken, dass dieser auch dabei helfen kann, die Familien darüber zu informieren, dass ein solches Portal überhaupt existiert.

Herr Krasniqi informiert darüber, dass es in der Vergangenheit an anderer Stelle einen Vortrag zu „Little Bird“ gab, welcher ggf. per Mail über den Verteiler verschickt werden könnte.

Herr Schöpf könnte sich vorstellen, dass ein kurzes Erklärvideo den Familien sicherlich weiterhelfen würde. Dies wäre auch noch der Fall, wenn sprachliche Schwierigkeiten bestehen.

Herr Krasniqi gibt zum Thema „Klausurtagung“ die ergänzende Information, dass jeder gerne in seinem Kalender schauen möchte, ob der Termin passt und eine kurze Information an die Verwaltung gibt, damit eine Teilnehmerzahl frühestmöglich festgestellt werden kann. Er betont noch einmal die Wichtigkeit für den Integrationsrat und bittet darum, dass so viele wie möglich hieran teilnehmen. Sollte man jedoch nicht teilnehmen können, hat Herr Krasniqi hierfür auch Verständnis.

**5. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrats am 19.08.2021 - öffentlicher Teil**  
0645/2021

Herr Krasniqi verweist auf die Vorlagen.

Fragen hierzu werden nicht gestellt.

**6. Vorstellung der AWO-Beratungsstelle "Wegweiser" in Bergisch Gladbach**  
0217/2021

Herr Krasniqi begrüßt den „Wegweiser“-Berater der AWO und bedankt sich dafür, dass dieser persönlich das Projekt vorstellt. Rückfragen sollen bitte zu Ende des Vortrages gestellt werden.

Der „Wegweiser“-Berater bedankt sich seinerseits für die Möglichkeit der Projektvorstellung und gibt an, dass er aufgrund von Krankheitsfällen in seinem Team leider allein angereist ist.

Es folgt die Vorstellung des Projektes mit Hilfe einer Präsentation. Hierbei stellt der „Wegweiser“-Berater auch ein Fallbeispiel vor. Die Präsentation wird mit der Niederschrift zur Verfügung gestellt.

Herr Schöpf erkundigt sich nach den Teilnehmerzahlen, wie die betroffenen Familien auf das Angebot reagieren und ob es eine Zusammenarbeit mit den Moscheegemeinden gibt.

Der „Wegweiser“-Berater informiert zunächst darüber, dass bisher pandemiebedingt wenig persönliche Kontakte möglich waren. Genaue Teilnehmerzahlen kann er derzeit nicht nennen. Grundsätzlich lässt sich jedoch sagen, dass die Reaktionen der Familien unterschiedlich, jedoch zumeist positiv waren. Mit den Moscheen wünscht man sich eine engere Zusammenarbeit. Hieran arbeitet man bereits.

Frau Stauer erkundigt sich, ob es auch eine Zusammenarbeit mit den Jugendhaftanstalten gibt. Ihre Frage zielt hier auf Jugendliche, welche mit ganz anderem Hintergrund ins Gefängnis gekommen sind und dort erst radikalisiert werden.

Der „Wegweiser“-Berater gibt an, dass es eine solche Zusammenarbeit derzeit nicht gibt.

Herr Tollih wünscht sich zu dem Projekt mehr Zahlen und Fakten. Die Anzahl der geführten Beratungsgespräche, die Altersgruppierung etc. wäre sehr interessant. Vielleicht wäre es möglich, einen Jahresbericht von Bergisch Gladbach und den umliegenden Städten zu bekommen.

Der „Wegweiser“-Berater gibt einen Überblick über die Statistik aller Standorte in NRW.

Auf Nachfrage von Frau Aghazadeh werden weitere Einzelheiten zu einem in der Präsentation benannten Fall genannt.

Es wird festgestellt, dass es solche Fälle mit jeder Religionszugehörigkeit und in den unterschiedlichen sozialen Schichten gibt.

7. **Teilfinanzierung der Kooperationsveranstaltung „Lesung des Buches „AktenEinsicht“ mit Christina Clemm“ am 24.11.2021 im Rahmen der Aktionswoche gegen Gewalt an Frauen**  
*0592/2021*

Herr Tillmann informiert darüber, dass in der Zeit vom 22. bis 27.11.2021 in Bergisch Gladbach eine Aktionswoche gegen Gewalt an Frauen stattfinden wird. Es handelt sich dabei um eine kooperative Veranstaltung mit verschiedenen Einrichtungen von Trägern.

In dieser Aktionswoche werden verschiedene Maßnahmen durchgeführt. Eine davon ist die heute zur Beschlussfassung stehende Lesung von Christina Clemm am 24.11.2021.

Die Aktionswoche beginnt am 22.11.2021 mit dem Fahnenhissen vor dem Rathaus in Bergisch Gladbach und auf dem Zanders-Gelände. Am selben Tag wird ein Vortrag von der Juristin Gesa Stückmann unter dem Thema „keine Gewalt an Frauen in der digitalen Welt“ stattfinden.

Am folgenden Tag wird es ein Sportangebot mit dem Kooperationspartner Boxclub Bergisch Gladbach 32/84 e.V. geben. Zusätzlich wird es eine Filmvorführung im Cineplex geben. Herr Tillmann gibt eine Kurzbeschreibung des Films.

Am Donnerstag dem 25.11.2021 wird es ein Fußballspiel mit der Behördenmannschaft der Polizistinnen in Köln und des „Woman-All-Star-Team“, einer Auswahl aus Fußballerinnen aus Bergisch Gladbach, geben.

**Der Integrationsrat fasst folgenden**

**Beschluss: (einstimmig bei einer Enthaltung)**

Der Integrationsrat finanziert die Veranstaltung „Lesung des Buches AktenEinsicht mit Christina Clemm“ mit finanziellen Mitteln aus seinem zur Verfügung stehenden Budget in Höhe von 300,00 €.

8. **Finanzierung der Veranstaltung „Lesung und Gesprächsrunde mit dem Autorenkollektiv Jugendliche ohne Grenzen“ im Rahmen der Themenreihe „Integration im Dialog“**  
*0634/2021*

Herr Krasniqi verweist hier auf die Vorlage.

Fragen oder Anmerkungen werden keine vorgebracht.

**Der Integrationsrat fasst folgenden**

**Beschluss: (einstimmig bei einer Enthaltung)**

Es wird, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im Haushalt 2022/2023, beschlossen, zur Finanzierung der Lesung und Gesprächsrunde mit dem Autorenkollektiv „Jugendliche ohne Grenzen“ im Rahmen der Themenreihe „Integration im Dialog“ des Integrationsrates Mittel aus dem Integrationskonzept in Höhe von 600,00 € zur Verfügung zu stellen.

9. **Unterbringungssituation im Bereich der Flüchtlinge**  
*0654/2021*

Herr Krasniqi informiert, dass nun die Tischvorlage zum Thema „Unterbringungssituation im Bereich der Flüchtlinge“ als neuer Tagesordnungspunkt Ö 9 besprochen wird. Er merkt an, dass es den Mitgliedern des Integrationsrates sicherlich möglich war, hier einmal kurz hineinzuschauen und bedankt sich bei der Verwaltung für die Mühe und die kurzfristige Ausarbeitung.

Frau Opiela bedankt sich für die Vorlagen und bittet ergänzend um eine Auskunft zur erwartenden Veränderung. Dies vor dem Hintergrund, dass der Vertrag mit der RBS für die übergangsweise Nutzung von Wohnraum in der Märchensiedlung im Stadtteil Heidkamp auch wieder für zwei Jahre abgeschlossen wurde. Sie erkundigt sich, ob es ähnliche Konditionen wie in der Kolpingstraße sind und die Wohnungen auch nach 2 Jahren abgerissen werden.

Zusätzlich möchte Frau Opiela wissen, wie viele Personen in der Jakobstraße und in der Senefelder Straße leben. Die Unterkunft in der Jakobstraße drohe ja auch wegzufallen. Auch um die Bekanntgabe einer durchschnittlichen Verweildauer wird gebeten.

Frau Engelberth informiert darüber, dass sie derzeit keine weiteren Informationen zu dem in der Märchensiedlung zur Verfügung gestellten Wohnraum hat. Weiterhin gibt sie an, dass man sich über das gemachte Angebot für die Märchensiedlung erst einmal sehr gefreut hat. Ob nach Ablauf des Vertrages eine weitere Nutzung möglich ist oder ein Abriss erfolgt, ist ihr nicht bekannt.

Die konkreten Zahlen zur Jakobstraße sowie Senefelder Straße wird Frau Engelberth nachreichen.

Die Frage der Verweildauer ist sehr schwierig zu beantworten, da diese immer von sehr unterschiedlichen Faktoren abhängt. Frau Engelberth wird versuchen, dies zu erfragen.

**10. Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach für städtische Unterkünfte für Flüchtlinge, Aussiedler, Obdachlose und Nichtsesshafte**  
*0655/2021*

Herr Krasniqi informiert, dass nun die Tischvorlage zum Thema „Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach für städtische Unterkünfte für Flüchtlinge, Aussiedler, Obdachlose und Nichtsesshafte“ als neuer Tagesordnungspunkt Ö 10 besprochen wird. Er gibt an, dass es sich hierbei um eine Beschlussvorlage handelt.

Herr Krasniqi führt an, dass auch diese Vorlage erst später zur Verfügung gestellt werden konnte, da die Unterlagen noch nicht vorlagen, als die Einladung verschickt wurde. Auch informiert er darüber, dass der ASWDG in seiner Sitzung am 18.11.2021 als Gremium über die Vorlage beraten wird. Die Verwaltung wird sich künftig darum bemühen, entsprechende Vorlagen zeitlich besser abzustimmen. Dies war hier jedoch leider nicht möglich.

Frau von Berg bittet um weitergehende Auskunft. Sie kann der Vorlage zwar eine Auflistung der Kosten entnehmen, findet jedoch keine Angaben zu den Erträgen. Dies wäre für sie interessant, da im letzten ASWDG berichtet wurde, dass es künftig höhere Erträge geben wird. Die Verrechnung der entsprechenden Erträge in der Benutzungs- und Gebührensatzung ist jedoch nicht erkennbar. Sollte hierzu jetzt keine Auskunft gegeben werden können, wäre die Beantwortung dieser Frage im ASWDG für sie wichtig.

Frau Engelberth antwortet, dass sie mit der Frage gerechnet hat und führt an, dass die Ertragsseite getrennt von der Gebührenkalkulation zu betrachten ist. Hierbei handelt es sich um zwei völlig voneinander losgelöste Kalkulationen. Sie bestätigt, dass die Landeszuschüsse steigen. Jedoch spielen diese bei der Berechnung der Benutzungs- und Gebührensatzung keine Rolle.

Diese Aussage stößt bei mehreren Ausschussmitgliedern auf Unverständnis. Sie vertreten die Meinung, dass man bei einer höheren Förderung diese auch, zumindest teilweise, in die Berechnung der Benutzungs- und Gebührensatzung einfließen lassen muss. Zusätzlich wird

gesagt, dass dieser Punkt in der Vergangenheit bereits eine größere Diskussion mit sich gebracht hat.

Frau Engelberth versteht die Inhalte der Frage, informiert noch einmal darüber, dass diese beiden Punkte voneinander losgelöst zu betrachten sind und wird ergänzend in schriftlicher Form ausführlicher auf die Thematik eingehen. Dies wird dann im ASWDG Berücksichtigung finden.

Herr Krasniqi bittet darum, dass auch dem Integrationsrat die diesbezügliche Information zur Verfügung gestellt wird.

Frau Engelberth sichert dies zu.

Herr Schöpf erkundigt sich, ob die Berechnungsgrundlage rechtlich vorgeschrieben ist oder ob diese von der Stadt Bergisch Gladbach geändert werden kann.

Frau Engelberth informiert, dass sich die Berechnungsgrundlage nach dem Kommunalen Abgabegesetz (KAG) richtet. Hier ist ein klarer Weg vorgegeben. Frau Engelberth verweist insoweit auf Seite 2 der Vorlage, auf welcher steht: „Die Gebühren sind anhand § 6 KAG NRW zu berechnen“.

Frau Opiela hinterfragt den unter § 3 Benutzungsverhältnis angeführten Punkt (1) „Die Benutzerin / der Benutzer hat die Aufgabe und die Pflicht, sich fortlaufend selbst um eine ausreichende Wohnungsversorgung zu bemühen, um die Dauer der öffentlich-rechtlichen Unterbringung zu begrenzen.“. Sie merkt an, dass es für die Betroffenen nahezu unmöglich ist, ohne Hilfe einen Wohnraum in Bergisch Gladbach zu finden. Insoweit wird der Wunsch geäußert, dass regelmäßig über Erfolge aus dem Auszugsmanagement berichtet wird.

Es wird angemerkt, dass in Gesprächen mit betroffenen Personen geäußert wurde, dass man sich nicht um Arbeit bemüht, da die Gebühren zu hoch sind. Hier sollte ein Anreiz geschaffen werden. Dies gerade auch mit dem Wissen, dass betroffene Personen zumeist im Niedriglohnssektor eine Beschäftigung erhalten würden.

Auch müsse eine gute Betreuung der Personen erfolgen, da in der Vergangenheit von bereits in privaten Wohnraum vermittelten Flüchtlingen ein Rückzug in öffentlichen Wohnraum erfolgte, da sich die Personen nicht zurechtfinden.

Herr Tollih bittet um Informationen, was in dem Bereich „Sachdarstellung/Begründung“ unter Punkt „9. Leistungen Untermiete“ zu verstehen ist. In welchen Fällen kommt es vor, dass man hier Einnahmen zu verzeichnen hat?

Frau Engelberth wird sich diesbezüglich erkundigen und die Auskunft der Niederschrift beifügen.

Frau Bhattacharjee merkt an, dass sie bisher der Meinung war, dass es nach wie vor eine Wohnungsvermittlung geben wird. Dieser Bereich ist im Fachbereich 2 nicht mehr vorhanden. Diese Aufgabe soll nun durch den Fachbereich 5 mit übernommen werden. Sie erkundigt sich, ob der Bereich durch den Fachbereich 5 allgemein oder durch die KIM-Stellen bearbeitet wird und ob eine Einzelberatung erfolgt.

Herr Krasniqi merkt an, dass die Frage zwar thematisch passen würde, er diese jedoch lieber unter „Anfragen der Integrationsratsmitglieder“ einfügen möchte.

### **Der Integrationsrat fasst folgenden**

#### **Beschluss: (bei drei Enthaltungen angenommen)**

Die der Vorlage beiliegende Satzung wird beschlossen.

## **11. Anträge der Integrationsratsmitglieder**

Bei den unter diesem Tagesordnungspunkt eingegangenen Wortmeldungen handelt es sich um Anfragen. Aus diesem Grunde werden die Anfragen im TOP Ö 12 behandelt.

Anträge der Integrationsratsmitglieder liegen nicht vor.

## **12. Anfragen der Integrationsratsmitglieder** *0646/2021*

Frau Bhattacharjee merkt an, dass es nach ihrer bisherigen Ansicht eine Wohnungsvermittlung geben wird. Dieser Bereich ist im Fachbereich 2 nicht mehr vorhanden. Diese Aufgabe soll nun durch den Fachbereich 5 übernommen werden. Sie erkundigt sich, ob der Bereich durch den Fachbereich 5 allgemein oder durch die KIM-Stellen bearbeitet wird und ob eine Einzelberatung erfolgt.

Herr Tillmann informiert, dass dies ein Thema ist, welches intensiv besprochen wurde. Die Aufgabe wird im Fachbereich 5 mit dem Zungenschlag übernommen, dass dort Kernkompetenzen angesiedelt sind sowie Fachkenntnisse über die Klientel vorhanden ist.

Herr Tillmann führt weiter aus, dass es tatsächlich so ist, dass man versucht, dieses Auszugsmanagement vor dem Hintergrund „Wohnungsvermittlung“ zu organisieren - wie auch immer das dann in der realistischen Ausprägung aussieht. Er gibt an, dass dies sicherlich nicht mehr so sein wird, wie man es bisher gewohnt war. Derzeit entwickelt die Verwaltung ein Konstrukt, sich vorrangig um Personen zu bemühen, welche einen Zuwanderungshintergrund haben und in den Notunterkünften leben. Hier sehe man erst einmal einen wichtigen Handlungsbedarf.

Es wird versucht, auf verschiedenen Ebenen aktiv zu werden. Einerseits Wohnungsvermittlung zu realisieren, gleichzeitig aber ein entsprechendes Bildungsangebot zu unterbreiten. Dies, um fundierte Hilfe zu leisten aber auch, um die Vermieter darauf aufmerksam zu machen, dass ein geregeltes Bildungsangebot vermittelt wurde. Hierdurch sollen die Vermittlungschancen erhöht werden. Wie das in den jetzt nicht benannten Bereichen, wie z.B. die Vermittlung von Obdachlosen oder Senioren aussehen wird, ist im Fachbereich 5 noch nicht geklärt. Diesbezüglich befindet man sich noch im Bereich der Findung.

Frau Bhattacharjee hat gehört, dass künftig ausschließlich die Vermieter entscheiden, wen sie in den Wohnungen haben möchten. Dies findet sie sehr bedenklich. Im Anschluss schildert Frau Bhattacharjee einen ihr bekannten Fall aus einer von der Stadt angemieteten Wohnung, welche „völlig verschimmelt“ ist. Dieser Familie wird derzeit gar nicht geholfen. Sie bittet um ganz konkrete Angaben, wie man in solchen Fällen Hilfe erhalten kann.

Frau Engelberth informiert darüber, dass bei Schimmel in einer Wohnung immer Handlungsbedarf besteht. Hier ist Kontakt mit den Sozialarbeitern oder den entsprechenden Hausmeistern aufzunehmen. Zusätzlich bietet Frau Engelberth an, dass sie diesen speziellen Fall auch einmal weitergibt. Grundsätzlich bezeichnet Frau Engelberth solche Zustände als nicht haltbar.

Herr Tillmann informiert zu der Anmerkung von Frau Bhattacharjee, dass die Verwaltung, insbesondere der Verwaltungsvorstand, diese Entscheidung aufgrund der vielfältigen Kritik der Wohnungsbauträger getroffen hat. Man hofft, dass durch Wegfall des Vorschlagsrechts und anschließender Entscheidung durch die Eigentümer, auch wieder mehr in den sozialen Wohnungsbau investiert wird.

Frau Dogruer-Rütten möchte eine Ergänzung zum Casemanagement machen. Dieses baut sich in drei Bausteinen auf. Einer der Bausteine ist das Casemanagement. Das heißt, dass man sich schon sehr individuell auch mit komplexen Fällen beschäftigen muss. In Bergisch Gladbach wurde

mit Herrn Tillmann vereinbart, dass der Zugang zum Casemanagement das Thema „Wohnen“ sein wird. Das ist das Anliegen, das sie überall zu vermitteln versucht.

Herr Tollih hat durch die Ausführungen der Ratskollegin den Eindruck gewonnen, dass die Wohnungsvermittlung ihre Arbeit eingestellt hat. Er hatte bei den Gesprächen vor einem halben Jahr nicht den Eindruck, dass durch die Verlagerung zu Fachbereich 5 diese Tätigkeit eingestellt wird. Er erkundigt sich konkret, ob er dies jetzt falsch verstanden hat oder braucht es jetzt einfach Zeit, die neuen Strukturen und die Konzepte zu bilden und wird man dann noch einen festen Ansprechpartner oder – partnerin für das Thema „Wohnungsvermittlung“ haben?

Herr Tillmann führt aus, dass es klar war, dass die Dienststelle „Wohnungsvermittlung“ aufgelöst wird und im Fachbereich 2 eine neue Organisationsstruktur aufgebaut wird.

Herr Tollih informiert, dass auf der Homepage die Wohnungsvermittlung noch immer aufgeführt ist.

Herr Tillmann merkt an, dass dies – wenn das dort noch aufgeführt ist – natürlich entfernt werden muss. Die Stelle ist personell definitiv nicht mehr besetzt.

Frau Opiela fragt zum Verständnis nach, ob die Ausführungen von Frau Dogruer-Rütten so zu verstehen sind, dass die beiden neuen Stellen von Frau Schorn und Frau Hennig so aussehen, dass diese nicht den ganzen Tag nach Wohnungen suchen, sondern sich mit komplexen Fällen und vielleicht auch mit Wohnraumproblemen befassen.

Herr Tillmann bestätigt, dass Frau Opiela dies im Grunde genommen richtig verstanden hat. Es gibt die Einzelfallbetrachtung und es gibt aber komplexen Fälle, in denen zusätzliche Maßnahmen sinnvoll erscheinen.

Herr Krasniqi fragt, ob es so ist, dass Betroffene oder Frau Opiela sich bei den beiden Mitarbeiterinnen melden können.

Herr Tillmann gibt an, dass man dies so nicht organisieren möchte. Man wird zunächst versuchen, durch die Stadt angemieteten Wohnraum in private Mietverhältnisse umzuwandeln. Zum Verständnis führt Herr Tillmann weiter aus, dass man derzeit Personen in solchen Unterkünften untergebracht hat, welche jedoch eigentlich Privatwohnungen sind.

Frau Engelberth informiert ergänzend, dass man derzeit 748 Plätze zur Unterbringung von Geflüchteten zur Verfügung hat. Davon sind 519 Plätze durch die private Anmietung von Wohnungen und 265 Plätze in stadteigenen Unterkünften. Sie kann jedoch nicht sagen, wie viele Wohnungen derzeit durch die Stadt angemietet sind.

Frau Cetinkaya-Roos möchte wissen, ob das schlussendlich heißt, wenn man als Flüchtling oder als Mensch mit Migrationshintergrund die Amtssprache nicht spricht, einem nicht geholfen wird. Man hat dann keine Rufnummer oder keinen Ansprechpartner, an den man sich wegen einer Wohnungssuche wenden kann.

Frau Engelberth führt aus, dass es städtische Sozialarbeiter gibt, welche im Flüchtlingsbereich arbeiten. Auch Familien, die in den Wohnungen sind, welche als Unterkünfte gelten, werden betreut. Die Personen haben somit durchaus Ansprechpartner. Und es ist auch erfreulich, dass die beiden neuen Kolleginnen im Flüchtlingsbereich tätig sind. Derzeit befasst man sich sehr intensiv damit, die entsprechenden Schnittpunkte zu ermitteln und schon konkrete Daten zu einzelnen Fällen auszutauschen sowie die schwierigen Fälle herauszufinden. Es ist jedoch nicht so, dass man völlig auf sich gestellt ist, wenn man alleine in einer Wohnung wohnt, die von der Stadt angemietet ist. Die soziale Betreuung läuft da, wie z. B. in der Unterkunft in der Senefelder Straße.

Frau Bhattacharjee merkt an, dass es nicht nur um den Kreis der Geflüchteten geht. Jeder ist betroffen, der ein relativ niedriges Einkommen hat, in den Besitz eines Wohnberechtigungsscheins kommen kann und Unterstützung bei der Wohnungssuche braucht.

Frau Opiela berichtet aus ihrer persönlichen Erfahrung. Sie führt an, dass in der Bensberger Straße 175 Familien wohnen, zu denen sie in den seltensten Fällen eine Antwort vom Sozialamt bekommt. Wenn es dort keine Ehrenamtlichen zur Betreuung gäbe, würde nichts laufen.

Frau Aghazadeh möchte bestätigen, dass viele Menschen keine Hilfe von der Stadt bekommen. Sie gibt an, dass oftmals mit den persönlich zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln kein Wohnraum zu finden ist. Auch an diese Migranten muss ihrer Meinung nach gedacht werden.

Herr Tollih merkt an, dass man aufgrund der Diskussion feststellen kann, dass es sich hier um ein sehr wichtiges und sehr heißes Thema handelt. Er schlägt vor, dass das Thema „Wohnen“ in der Klausurtagung einen hohen Stellenwert haben sollte.

Herr Tillmann teilt mit, dass er die Einlassungen zum Teil nachvollziehen kann. Ihm ist allerdings auch bekannt, dass die Kollegen aus der Flüchtlingshilfe regelmäßig in den Unterkünften und in den privaten Wohnungen sind. Dass natürlich zwischen dem einen und dem anderen Besuch möglicherweise Zeit vergeht und vielleicht auch eine Wohnung verschimmelt ist, würde er nie in Frage stellen. Richtig ist, es gibt Problemgruppen, die im Focus stehen. Jedoch ist erste und klar festgelegte Hauptzielgruppe die der 519 Personen in privaten Unterkünften. Ziel ist, die bisher über die Stadt laufenden Mietverträge umzuwandeln, wodurch ein privates Mietverhältnis zwischen den dort wohnenden Personen und den Vermietern zustande kommt. Es ist der Verwaltung bewusst, dass es Vermieter gibt, denen eine Vermietung an die Stadt Bergisch Gladbach als sicherer erscheint. Aus diesem Grund ist es wichtig, bei diesem Vorhaben die positiven Erfahrungen, die Vermieter mit Mietern gemacht haben, hervorzuheben und zu nutzen.

Sollte dies gelingen, ist man ein großes Stück weiter. Herr Tillmann informiert weiterhin, dass für die Vermieter ggf. eine Vermietung an die Stadt Bergisch Gladbach als sicherer erscheint. Hier gilt es, die längerfristigen Erfahrungen, die Vermieter mit ihren derzeitigen Mietern machen, hervorzuheben und zu nutzen.

Herr Krasniqi wünscht sich ebenfalls, dass dieses Thema in der Klausurtagung aufgegriffen wird.

Herr Samirae erkundigt sich nach dem Sachstand zu dem Thema „Umbenennung des Hindenburgplatzes“.

Die Verwaltung wird sich hierzu schriftlich äußern.

Frau Aghazadeh erkundigt sich, ob der Integrationsrat eine Facebook-Seite einrichten darf. Sie ist der Meinung, dass hierüber viele Informationen und Angebote verbreitet werden können, die ansonsten nicht bei den Leuten ankommen.

Frau König wird sich diesbezüglich erkundigen.

Herr Tollih merkt an, dass in der Sitzung im Mai 2021 bereits das Thema der Sichtbarkeit der Arbeit des Integrationsrates besprochen wurde. In Vorbereitung auf die nächste Integrationsratswahl wollte Frau Mrziglod ein Konzept zur Verfügung stellen, wie der Integrationsrat dieses Ansinnen verbessern kann. Dies müsste seiner Meinung nach auch Facebook beinhalten.

Herr Krasniqi schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:45 Uhr.

---

gez. Krasniqi  
(Vorsitzender)

---

gez. König  
(Schriftführung)